

# Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

3. Februar 1926

Verlag und Verlagsabteilung:  
Geißstraße 9-8 Uhr

Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

## Kommunistische Dolchstoßtaktik.

### Zersplitterungsarbeit statt Kampf ums Volksbegehren. — Der Erfolg ist ihnen gleichgültig.

Die Kommunistische Partei hat sich gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei auf folgende Punkte über die Durchführung des Kampfes um das Volksbegehren geeinigt:

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate mit dem Geigentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur Hälfte durch die sozialdemokratische und kommunistische Partei.

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Versand an sämtliche Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebriefe oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.

3. Die Plakatherstellung und die Verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Vielzahl von Wählern zur Einzeichnung für das Volksbegehren zu veranlassen. Die sonstige Propaganda — Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen — die zu diesem Zwecke vorgenommen wird, ist von den einzelnen Korporationen entsprechend den gegebenen Befehlen der Verhandlungskommission selbstständig zu führen.

Diese Einigung hatte zur Voraussetzung, daß beide Parteien von dem gemeinsamen Willen erfüllt sind, ein gemeinsames Ziel zu verfolgen und zu erreichen, und daß sie entschlossen sind, parallel zu arbeiten, ohne einander Schwertgefechten zu machen. Nur unter solchen Voraussetzungen ist ein wirklich erfolgreicher gemeinsamer Kampf beider Parteien denkbar. Die kommunistische Partei hat diese Vereinbarung mit unehrlicher Gesinnung getroffen. Sie war von vornherein entschlossen, nicht alle Kraft an das Ziel der Durchführung des Volksbegehrens zu setzen und die Agitation nicht zu führen, ohne den Kampf der Sozialdemokratischen Partei zu stören.

Der Beweis für die Hinterhältigkeit der kommunistischen Partei wird geliefert durch das Rundschreiben Nr. 12 der Politischen Abteilung der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.

In diesem Rundschreiben, das wir im folgenden in seinen wesentlichsten Teilen veröffentlichten, werden die Absichten der kommunistischen Partei mit der größten Deutlichkeit enthüllt. Es kommt der Kommunisten nicht darauf an, einen Erfolg des Volksbegehrens herbeizuführen, sondern nur, durch diese Aktion an die Massen heranzukommen, um kommunistische Parteigeschäfte machen zu können. Ganz offen heißt es in diesem Rundschreiben, daß der Stimmzettel für die Kommunisten nur ein agitatorisches Hilfsmittel im Kampfe um weiterabgesteckte Ziele sei.

Die Schwächung der Sozialdemokratischen Partei, die Eringung der Führung in den Gewerkschaften, das sind die wahren Ziele der kommunistischen Aktion, die angeblich der Durchführung des Volksbegehrens dienen sollen. Die Einheitskomitees, die die Kommunisten überall zu bilden versuchen, sind als organisatorische Zellen der kommunistischen Organisation gedacht. Mit List und Heuchelei sollen die sozialdemokratischen Arbeiter für die Zwecke der kommunistischen Partei eingefangen werden.

Dieser hinterhältige und hinterhältige Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratische Partei, die ihre ganze Kraft für die Durchführung des Volksbegehrens einsetzen wird, ist ein niedriger und gemeiner Streich. Er bedeutet, daß man den Bundesgenossen, der sich zum Kampf mit dem gemeinsamen Gegner anschickt, hinterhältig und feig vom Rücken her anfällt.

Die Sozialdemokratische Partei wird sich nicht täuschen, wenn sie annimmt, daß die gesamte Arbeiterschaft die kommunistische Hinterlist voll Empörung zurückweisen wird, und nun erst recht ihre ganze Kraft auf das Volksbegehren konzentrieren wird — trotz der kommunistischen Sabotage.

Im folgenden geben wir die wesentlichsten Stellen aus dem kommunistischen Rundschreiben wieder:

Berlin, den 26. Januar 1926.

An alle Mitglieder der B. L., an alle Vol.-Beiter der Verwaltungsbezirke.

Rundschreiben Nr. 12. Nicht beselzte legen! Nicht verbreiten!

**Betrifft: Aktionsausschüsse für die Durchführung des Volksentscheides zur entschädigungslosen Entzignung der Fürsten in den Verwaltungsbezirken!**

Durch die Initiative der SPD., durch ihren unermüdlichen kämpferischen Kampf ist die Frage der Fürsteneinteignung zu einer Massenbewegung herangereift, die es jetzt gilt, organisatorisch zu sammeln. Hier ist seit langen Jahren zum ersten Male wieder die Gelegenheit geboten, den leninistischen Grundfah zu bewahren, daß es die Aufgabe der revolutionären Partei ist, zehn- oder

hundertmal so viel Menschen mehr zu führen, zu organisieren und zu lenken, als sie selbst Mitglieder hat. Von der Reife unserer Partei ist es abhängig, ob die Partei dieser revolutionären Aufgabe gewachsen ist oder nicht, ob sie in der Lage ist, die jetzt noch chaotisch für die Fürsteneinteignung interessierten Massen in ein organisatorisches Verhältnis zu bringen.

Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe der SPD. Das ist seit Jahren die günstigste Gelegenheit, nicht nur breite Arbeitermassen, sondern auch weite Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgerums aus der Gefolgschaft der SPD. und zweifellos auch aus der Gefolgschaft der übrigen bürgerlichen Parteien loszulösen, und sie in die Gefolgschaft der SPD. zu bringen.

Diesem Zweck sollen die Aktionsausschüsse in den Verwaltungsbezirken dienen. Es kommt also nicht so sehr absolut auf das organisatorische Verhältnis an, als auf den ideologischen Einfluß, den wir auf die uns politisch noch fernstehenden Massen gewinnen.

#### I. Das Fundament der Aktionsausschüsse.

Das Fundament der Aktionsausschüsse und des stärksten Einflusses muß das proletarische Element sein. Aus diesen Grunde müssen die Betriebsbelegschaften im Verwaltungsbezirk den ausschlaggebenden Einfluß in den Aktionsausschüssen haben. Um dies Fundament zu schaffen, ist notwendig:

a) Die Verwaltungsbetriebsleitungen geben sofort den Betriebszellen den Auftrag, möglichst rasch zu einem festgesetzten Termin in den Betrieben über die Betriebsräte Belegschaftsversammlungen herbeizuführen, denen die Aufgabe gestellt wird, Einheitskomitees zu bilden.

b) Dort, wo es möglich ist, soll sich vor der Belegschaftsversammlung der Betriebsrat durch Annahme einer Resolution für die Fürsteneinteignung und den Volksentscheid bereits festlegen,

um so der Betriebsversammlung von vornherein eine Plattform zu geben.

c) Auch in Betrieben, wo wir keine Genossen haben, muß versucht werden, durch Sympathisierende, A.F.B.-Leute usw. solche Betriebsversammlungen herbeizuführen, um Komitees für die Fürsteneinteignung zu schaffen.

d) Die Betriebszellen haben die Namen und Adressen der Betriebsaktionsausschüsse sofort der Verwaltungsbezirksleitung mitzuteilen.

#### II. Die Bearbeitung der SPD., der Unterausschüsse der Gewerkschaften und des Reichsbanners im Verwaltungsbezirk.

Die SPD. hat generell für alle ihre Mitglieder die Anweisung herausgegeben, sich als Partei nicht an den gemeinsamen Aktionsausschüssen zu beteiligen. Dort, wo die Unterausschüsse der Gewerkschaften unter starkem Einfluß der SPD. stehen, ebenso das Reichsbanner, werden diese sich an die Anweisungen der SPD.-Leitung halten.

Um aber diese Vorkehrung der Beeinflussung der SPD.-Arbeiter durch die kommunistische Aktion (gemeint ist die auf Befehl der SPD. gerichtete Aktion, nicht das Volksbegehren! Red. B.) zu durchkreuzen, ist es Pflicht der Verwaltungsbezirke, an die SPD., die Unterausschüsse der Gewerkschaften und an das Reichsbanner heranzukommen.

Das geschieht am besten dadurch, indem man die Einheitskomitees in den Betrieben veranlaßt, bei der SPD.-Leitung, den Unterausschüssen der Gewerkschaften und der Reichsbannerleitung persönlich vorstellig zu werden, um von ihnen zu fordern, daß sie sich an den gemeinsamen Aktionen des gesamten Proletariats beteiligen. (Keinen Brief schreiben von der Partei aus.) Gleichzeitig mit diesem Schritt muß man die SPD.-Arbeiter, die

## Das Gericht unter Anklage.

### Warum wurde Senden freigesprochen?

Wie schon mitgeteilt, gab es im Fememordprozeß zuletzt noch eine Sensation, als die Frau des angeklagten Polizeiwachmeisters Stein in Gerichtssaal erschien, ihre Vernehmung verlangte und ihrem Mann zuredete, doch alles auszusagen, was er wisse.

Ein Mitarbeiter der „B. Z.“ hat Frau Stein nach der Verhandlung in ihrer Wohnung besucht. Sie hat ihm dabei — vor Aufregung kaum in der Lage, zusammenhängend zu sprechen — folgende aufsehenerregende Mitteilungen gemacht:

Mein Mann ist ein leicht beeinflussbarer Charakter, der als alter Soldat nur gewohnt war, auf die Befehle seiner Vorgesetzten zu hören. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. Oktober war er im Lager Eisgrund bei Döberitz in der Abteilung des Freiherrn von Senden stationiert. Ich habe dort meinen Mann des öfteren besucht und mich von jeher über das dunkle Treiben gewundert. Ich kenne meinen Mann seit drei Jahren, aber er hat niemals ein Wort über das Verbrechen an Panier gesprochen.

Erst als er verhaftet wurde, habe ich von der grauenhaften Tat erfahren. Jammernd hat mir mein Mann gestanden: „Was hätte ich tun sollen? Wenn ich ihn nicht ermordet hätte, wäre ich selbst an der Reihe gewesen.“

Auch nach seiner Verhaftung hatte mein Mann, der niemals an ein Todesurteil glauben mochte, geäußert, er fürchte sich, aus dem Gefängnis herauszukommen, weil seine Komplizen genau wüßten, daß er bei seiner Verhaftung alles erzählt und

unter anderem auch den Fememord Wills berichtet

hatte. Als ich von den furchtbaren Geschehnissen gehört hatte, habe ich nichts unterlassen, um meinen Mann zu retten. Ich habe an den Reichspräsidenten v. Hindenburg geschrieben, von dem ich aber eine ablehnende Antwort erhielt, ebenso an das Justizministerium. Immer verzweifelter wurde ich.

Eines Tages erschien in meiner Wohnung der Vorleser der Schreibrube des Regiments von Senden, Goebel, der mit meinem Mann bekannt war, und den ich bewilligte. Er erzählte mir, daß, wenn er sprechen wolle, alles, aber auch alles an den Tag käme. Dieselben Äußerungen hat Goebel auch zu Frau Schütz, der Schwester des zum Tode verurteilten Oberfeldwebels Schirmann, gemacht.

Goebel war in letzter Zeit immer mehr heruntergekommen und war schließlich

Reisender des freigesprochenen Feldwebels Mäder

geworden, der eine Bijouteriefabrik unterhielt. Mäder bewohnte eine kleine Stube, in der sich nur ein Feldbett befand. Nach Aufstellung des Fememordes Panier durch die Polizei ist Freiherr v. Senden, der sich damals verlobt hatte, Tag für Tag in der Behausung Mäders erschienen, um sich mit ihm „über die Lage zu beraten“.

Je näher der Tag der Verhandlung heranrückte, um so un-

ruhiger wurde ich, zumal es für mich seit der Aussage Goebels feststand, daß

der wahre Täter Freiherr v. Senden

sei. Am Tage der Verhandlung erschien ich morgens beim Staatsanwalt, der mich fragte — das kann ich beschwören mit allen Eiden —, „warum ich Freiherrn v. Senden eigentlich belasten wollte“. Ein Wortell für Ihren Mann kommt dabei nicht heraus. Was wollen Sie überhaupt aussagen?“

Ich sagte, daß ich gegen Freiherrn v. Senden und Mäder aussagen wollte. Ich erzählte ihm in kurzen Worten mündlich, was ich vor Gericht veritoren wollte. Der Staatsanwalt gab zur Antwort, ich solle das schriftlich aufsetzen. Ich erwiderte ihm, daß ich infolge der Aufregung nicht mehr in der Lage sei, die Feder zu führen.

Jetzt verwies mich der Staatsanwalt an den Rechtsanwalt Redtowitz. Auch dieser Rechtsanwalt warnte mich dringend vor irgendwelchen Schriften, bis ich ihm sagte, dann wolle ich die Sache meines Mannes selbst vertreiben. Auch Rechtsanwalt Redtowitz stellte sich auf den Standpunkt, daß es nicht gut, ja sogar unmöglich sei, den Freiherrn v. Senden zu belasten.

Diese Mitteilungen bedeuten die schwerste Anklage gegen das Gericht und die Staatsanwaltschaft! Warum ist das Gericht und die Staatsanwaltschaft den Angaben der Frau Stein nicht nachgegangen? Welches Interesse bestand, den Freiherrn von Senden nicht belasten zu lassen? Lag irgendein Grund vor, die Mitwirkung des „Kommandeurs“ von Eisgrund-Döberitz zu verschleiern? Etwa auch ein „vaterländischer“ Grund?

Durch die Ausschließung der Öffentlichkeit hat das Gericht selbst sich den schlimmsten Auslegungen seiner Beschlüsse ausgesetzt. Wo die Kritik der Öffentlichkeit ausgeschaltet ist, kann das Gericht nicht erwarten, daß man ihm Vertrauen entgegenbringt. Und deshalb muß die Außerachtlassung der Befundungen der Frau Stein zu schwerstem Mißtrauen gegen die Haltung des Gerichts führen. Aber auch der Staatsanwalt, der die Frau abwies, als sie ihm Befundungen machen wollte, wird zu jagen haben, was hat er das tat. Die Freilassung des Senden und sein Freispruch wird heute schon von der den Fememördern befreundeten Presse zu einem Vorstoß gegen die politische Polizei benutzt, der unterstellt wird, sie habe die „Kommandeurs“ Senden und Gutfnach widerrechtlich vier Monate in Untersuchungshaft gehalten, denn diese Ehrenmänner seien ja jetzt freigesprochen!

Ist das der Sinn des Gerichtsentscheides? Soll auch die Polizei von ihrer Pflicht abgehalten werden, weiteres zur Aufdeckung des „vaterländischen“ Mordstandals zu unternehmen?

Wir erwarten, daß der Untersuchungsausschuß des Reichstags sich auch die Akten des Mordprozesses Panier vorlegen und diejenige Nachuntersuchung vornehmen läßt, die Staatsanwalt und Gericht in diesem Falle verweigerten!



Gewerkschaftsmittglieder in den Betrieben davon informieren und den Versuch unternehmen, sie zu veranlassen.

In den Mitgliederoversammlungen der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners über dieses Unternehmen der Einheitskomitees bei den genannten Organisationen zu diskutieren, damit die Mitglieder von ihnen weiter verlangen, daß sich die Partei, das Reichsbanner und die Gewerkschaften der Gesamtkraft anschließen.

### III. Einberufung der konstituierenden Konferenz.

Sind diese Vorarbeiten unter I. und II. getroffen, dann muß die Vermittlungsbeiratsleitung an die Vorbereitung einer konstituierenden Konferenz herangehen. Zu dieser Konferenz müssen eingeladen werden:

a) die Unterausschüsse der Gewerkschaften, SPD, Reichsbannerleute, die sich zur Beteiligung bereit erklärt haben, Roter Frontkämpferbund, Roter Jungsturm, Internationale Arbeiterhilfe, Rote Hilfe.

b) alle Organisationen, die dem Reichsausschuß für Enteignung der Fürsten angehören.

Unter c) und d) folgt eine Aufzählung von Organisationen, die gleichfalls eingeladen werden sollen, darunter sämtliche Arbeiterportereine, christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunckerische Gewerkschaften, Kolonialwarenhandlender, Bäckermeister usw. Auch die Erwerbslosen sollen Einheitskomitees bilden. Weiter heißt es dann:

Es ist nicht immer erforderlich, daß unsere Genossen zahlenmäßig in diesen Ausschüssen die Mehrheit haben, sondern daß sie tatsächlich die Führung desselben haben, und daß aus diesen Gründen die besten Genossen des Verwaltungsbezirktes, der Jugend, des RFB, des Jungsturms der Roten Hilfe, der IAH, vom IAB, oder wo sonst noch Einfluß haben, als Ausschuhvertreter gewählt werden. Die Kleinbürgerlichen Vereine und Mittelparteien können bei einer guten Auswahl unserer Kräfte die von uns bezogene Linie dadurch nicht veranlassen, worauf besonderes Gewicht gelegt werden muß, so daß im Gegenteil diese Gruppe, selbst wenn sie in der Mehrheit ist, unter unsere Leitung und Führung kommen muß.

Die Frage der Fürsteneinteignung ist für uns die Frage, um welcher gesteckten Ziele, bei denen der Sittensittler nur als agitatorisches Hilfsmittel in Betracht kommt und als Grabmal unserer Stärke dient. Das muß von unseren Genossen, die sich vor der Konferenz eingehend besprechen müssen, genau beachtet werden.

Zu sämtlichen Konferenzen dieser Organisationen ist jeweils von der Bezirksleitung ein Referent anzufordern. Bereits zur ersten Konferenz müssen die Richtlinien, die noch vom Sekretariat für alle Verwaltungsbezirke herausgegeben werden, vervollständigt, für alle Konferenzteilnehmer vorgelegt werden und darüber Beschluß gefaßt werden.

daß man die Teilnehmer verpflichtet, in ihren Mitgliederoversammlungen sowohl die ganze Fürsteneinteignungskampagne wie auch die Richtlinien zu besprechen.

um so in allen Organisationen eine politische Auseinandersetzung um diese Kampagne herbeizuführen. Den auf der Konferenz erschienenen Organisationsvertretern ist der Vorschlag zu unterbreiten, in ihren Mitgliederoversammlungen Vertreter des Ausschusses für den Volksentscheid referieren zu lassen. Dadurch ist es uns möglich, in den Reihen ihrer Organisationen erheblichen politischen Einfluß zu gewinnen.

### IV. Bildung des engeren Ausschusses.

Hier wird festgelegt, daß aus der Konferenz ein engerer Ausschuh gewählt werden soll, in dem 10 Kommunisten 5 Vertretern anderer Organisationen gegenüberstehen sollen. Der Ausschuh soll geleitet werden von dem politischen Leiter und dem Organisationsleiter der kommunistischen Organisation.

### V. Tätigkeits des Aktionsausschusses.

Ueber die besondere Tätigkeit der Aktionsausschüsse werden nach Richtlinien herausgegeben, die ganz konkret die einzelnen Aufgaben sowohl für den engeren als auch für den Gesamtausschuh aufzeichnen. Die Verwaltungsbezirksleitungen müssen neben diesen Anleitungen den Verhältnissen in ihren Bezirken Rechnung tragen und das Vorstehende einschränken oder erweitern, je nachdem wie es den Verhältnissen in ihrem Verwaltungsbezirk entspricht.

Mit komm. Gruß

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg  
Pol. Abtlg.

Soweit das kommunistische Rundschreiben. Die Arbeiterschaft weiß jetzt, was die Kommunisten wollen. Sie sollen unermüdet und mit List in eine kommunistische Organisation hineingezogen werden. Es erhebt sich aber auch die Frage, in welcher Verbindung der Ausschuh für den Volksentscheid zu diesen kommunistischen Plänen steht. Der Abg. des Rundschreibens unter III ruft den Verdacht hervor, daß dieser Ausschuh von der kommunistischen Partei ebenfalls als Zerstörungszelle gegen die Sozialdemokratische Partei gebildet worden ist, und unter kommunistischem Einfluß steht. Hierüber muß der Ausschuh vollständige Klarheit schaffen.

### Der Beitritt zum Völkerbund.

#### Beratungen im Auswärtigen Ausschuh.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages beriet heute vormittag über den ihm vom Reichstag überwiesenen deutschnationalen Antrag, der den Eintritt in den Völkerbund von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig machen will. Nach einer Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann wurde in die Diskussion eingetreten, in der als erster der deutschnationalen Abgeordnete Hoetzsch das Wort ergriff. Nach Abschluß der Beratungen im Auswärtigen Ausschuh, die sich voraussichtlich auch noch auf den morgigen Vormittag erstrecken werden, wird das Kabinett zur endgültigen Beschlußfassung zusammentreten. Es ist nach Lage der Dinge nicht daran zu zweifeln, daß sein Beschluß auf sofortige Kameldung zum Völkerbund lauten wird.

### Fememorduntersuchung im Reichstag.

#### Aufstellung eines Arbeitsplans.

Der Fememord-Untersuchungsausschuh des Reichstages hielt heute seine erste Sitzung ab. Der Vorsitzende, Abg. Scheiter (Ztr.), wies dann auf den wesentlich politischen Charakter des Ausschusses hin und richtete an die Mitglieder die Bitte, die politischen Gegensätze möglichst zurückzustellen und sachlich zu verhandeln. Der Vorsitzende betonte weiter die dreifache Aufgabe des Ausschusses: Untersuchung der Fememordorganisationen, der Fememorde und der sonstigen strafbaren Handlungen. Er entwickelte dann einen Arbeitsplan: Zunächst Materialbeschaffung zur Beurteilung, ob überhaupt Fememordorganisationen bestanden haben, ob Fememorde vorgekommen sind und ob und wie die eventuell vorhandenen Fememordorganisationen im Zusammenhang stehen, und welche strafbaren Handlungen sonst vorgekommen sind. Zu diesem Zwecke werde man sich an die Regierung zur Ueberlassung von Material wenden müssen, das man selbstverständlich noch ergänzen müsse. Man müsse vor allem das gesamte Material der Staatsanwaltschaft haben, alle Akten, in denen Fememorde Gegenstand der Untersuchung waren. Dann müsse das Material durch einzelne Berichterstatter studiert werden, und schließlich müsse die Auswertung einzelner Fälle von dem besonderen Interesse zwecks restloser Aufklärung der politischen Motive erfolgen.

Abg. Schneller (Komm.) schlägt vor: 1. Behandlung des Tatsachenmaterials über Fememorde, Einstellung des Verfahrens in konkreten Fällen; 2. Untersuchung besonders krasser Einzelfälle, wie z. B. des gestrigen in Roabit verhandelten Falles Panier und des Mecklenburger Falles; 3. etwa politische Organisationen oder sonstige Organisationen in Frage kommen, z. B. der in der Öffentlichkeit erwähnte Stahlhelm; 4. Aufklärung der Frage über die Geldgeber, die Unterstützung gewährt haben; 5. die Stellung der Behörden zu den Fememordorganisationen; 6. Untersuchung über den Gang des Verfahrens und 7. Untersuchung der Befolgung der Fememorde durch die Gerichte.

Abg. Scheidemann (Soz.) hält die Materialbeschaffung vor allem vom Ministerium des Innern, vom Auswärtigen Amt und vor allem von der Reichswehr für erforderlich. Besonders werde man sich mit dem geradezu hermetischen Ausschuh der Deutschnationalen im Roabit Fememordprozess zu beschäftigen haben.

Abg. Landsberg (Soz.) schlägt zunächst die Beschaffung des gesamten Materials vor, und zwar ohne Beschränkung auf preußisches Material, und dann erst Aufstellung eines Arbeitsplans.

Abg. Baedeker (Dnat.) tritt diesem Vorschlag bei; dann werde man die einzelnen Berichterstatter bestellen müssen.

Der Vorsitzende weist auf die dem Ausschuh vom Vorum zugewiesene Aufgabe hin, die einzelnen Fememorde und die Organisationen zu untersuchen. Man könne keine Aufgabe daher nicht erweitern. — Abg. Graef (Dnat.) hält den, in dem kommunistischen Antrage liegenden Arbeitsplan über die Aufgabe des Ausschusses weit hinausgehend. Da werde man fünf oder sechs Unterausschüsse einsetzen müssen, die jahrelang zu untersuchen hätten. Eine solche Uferlosigkeit der Untersuchung müsse vermieden werden.

Hierauf wird folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Der Vorsitzende wird beauftragt, zwecks Beschaffung des Materials mit den Ministern des Reiches und der Länder in Verbindung zu treten und dem Ausschuh baldmöglichst das herbeigeschaffte Material vorzulegen, insbesondere die Akten über die rechtskräftigen Beurteilungen und eingestellten Verfahren.“

### Städteordnung vor dem Landtag.

Der Landtag übermies heute ohne Aussprache den Zentrumsantrag Dr. Borch auf Vorlegung einer Denkschrift über den Stand der Oedlandfallotierungen und Bereitstellung weiterer Mittel zur Förderung der privaten Siedlungen sowie den gemeinsamen Antrag der bürgerlichen Parteien auf Anerkennung der in Oberjochleien durch Aufruhr und Völeneinbruch verursachten Schäden als Reichsschuh und über die Beschleunigung der Entschädigungszahlungen der Ausschuhberatung. Die Große Anfrage Borch (Dnat.) über die Behandlung des Polizeihauptmanns Bender und des Polizeioberleutnants Rogel wegen ihrer Stellungnahme bei Ausschuhführungen in öffentlichen Versammlungen geht gleichfalls ohne Aussprache an den Hauptausschuh. Hierauf beginnt das Haus die zweite Beratung der neuen

#### Städteordnung.

Abg. v. Eymern (D. Vp.) gibt als Berichterstatter einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen des Entwurfes, der den verflochtenen Landtag sehr ausführlich beschäftigt habe und schließlich in der von diesem beschlossenen Ausschuhfassung als Initiativantrag vom Zentrum vor den neuen Landtag gebracht worden sei. Der Redner gebt den Hineinblick des früheren Berichterstatters Dr. Preuß, das eine empfindliche Lücke in die weiteren Beratungen gerissen habe.

### Wendische Aktion.

#### Laufzeit Abordnung beim Völkerbund.

Dresden, 3. Februar. (Rth.) Zu der Nachricht, daß die Wendin in der Laufzeit sich zusammengeschlossen und einen Wendischen Volksrat gebildet haben, teilt die „Dresdner Volkszeitung“ mit, daß es bei dieser Gründung eines wendischen Parlaments, dessen Mitglieder nicht gewählt, sondern ernannt sind, nicht geblieben ist, sondern daß der Volksrat bereits eine eigene Vertretung nach Genf geschickt hat, um dem Völkerbund Wünsche vorzubringen. Die Abordnung setzte sich zusammen aus dem radikalen Führer, Landtagsabgeordneten Ernst Barth aus Briesing, dem Justizrat Dr. Hermann aus Baugen und Kaufmann Borenz aus Reishwaller. Dr. Hermann soll sich in Genf nicht als aus Baugen kommend vorgestellt haben, sondern als „Budojchin“. Bereits im Frühjahr 1919 reiste Ernst Barth nach Paris und meldete der Friedenskonferenz Ansprüche des wendischen Nationalausschusses an. Die wendischen Forderungen sind jedoch, trotz gewisser Unterstützung von Prag aus, abgelehnt worden.

### Die faschistische Wissenschaft.

Rom, 3. Februar. (MIB.) 400 Studenten in der Aula der Universität von Florenz verlangten die Ablegung des Rechts der Unversität mit der Behauptung, daß er feinguter Faschist sei. Der Rektor erklärte, daß er auf Grund der letzten Vorfälle in der Studentenenschaft bereits keine Entlassung in Rom eingereicht habe, ebenso der Dekan der medizinischen Fakultät, Senator Lustig. Nach dem „Corriere d'Italia“ erwartet man die Entlassung weiterer Professoren, die nicht faschistisch gesinnt sind.

#### Wofür sie Geld haben.

Rom, 3. Februar. (MIB.) Der Ministerrat billigte zunächst den Bericht des Finanzministers Graf Kolpi über das Londoner Schuldenabkommen. Sodann wurden für die Aufbesserung der Offiziersbezüge 65 Millionen Lire bereitgestellt.

## „Exzesse.“

### Theater in der Königgräber Straße.

Keine Herausforderung, Verlangen nur des Theaterdirektors, der Rasse, ach, der Rasse, die nicht kommen will, einen lockenden Bissen hinzuwerfen. Als die begeisterten Jungdeutschen vor erstlichen Monaten Bronnens „Exzesse“ sonntäglich und vor einem ausgefüllten Parkett spielten, prägte man sich. Die Polizei befam zu tun. Nun soll wieder Skandal werden. Kopf soll man stehen und sich raufen. Literatur hin, Literatur her, Hauschlußmusik und Pfeifen von schriller Grobheit wirkten auch diesmal mit. Aber schon kann bemerkt werden, daß die Sache, die man austragen will, an ihrem Aktualitäts- und Kadawerte verlor. Leute, die am Abend so unvorsichtig sind, sich an der Kasse ein Billet zu kaufen, sind kritischer. Sie halten auch Haus mit Beifall oder Tadel. Nun, man tobt auch in der Königgräber Straße, doch im allgemeinen befestigte sich der Eindruck, daß dieses Jugendstück „Exzesse“ beinahe verrottet und verhäutelt ist. Was noch kommen will und noch kommen kann nach diesem Stück Bronnens, das überlegte man viel eitriger, als daß man sich mit aktivem Interesse an den Dingen auf der Bühne beteiligte. Man kann eben auch toben, wenn man sich in Zeichenstimmung befindet.

Die „Exzesse“ sind ein Lustspiel, das diesen Namen nicht ganz verdient. Es ist dreites und kindliches Gemisch. Ein bishigen Burleske, vom Tingeltangel gebort, Stettiner Sänger oder auch Jolles Caprice in der Kaiserstraße, wo man einen starken Tadel gemöhnt ist. Dazu noch Herrenabenddomit, wenn etwa die Turner von Kottbus sich schwarzweicht erlöstigen und ein Dupend Bierjungen ausgelassen haben. Man denkt daran, daß auch im Pariser Wurst-Theater, wo die Mödels von der Straße und die hohe Diplomatie der orientalistischen Erotik gleichmäßig verwandtschaftlich verkehren, mit den Liebesdingen, die immer Unterleibsdinge bleiben müssen, derartig umgegangen wird.

Zunächst ist in dem Dramatiker, um den Deutschland auch 1926 mit Franzosen und Russen im Kampf, gar keine andere Rechnung, als der Konkurrenzneid auf diese Föchtenmacher. Der Konkurrenzneid ist übrigens berechtigt. Denn solche Sachen stehen immer. Und auch Bronnen ist viel sympathischer bei dieser Arbeit, als dann, wenn er ernsthaft das Leben besingt.

Trohdem — ja trohdem lebt etwas in Bronnen, das wieder neugierig auf seine Zukunft macht. Seht doch, in diesem Wirrwarr von nichtsagenden Kavalern und Euff- und Weisheitskränen findet sich die Saene, in der frühesten Schritte die Welt anlagt, daß sie schlecht und ungerecht ist. Frühesten Schritte ist die geborene Weisheit und Mitleidenschaft. Der Dichter tastet sie tragikomisch auf, und das geht ihm prächtig. Mit einem Schlag sehen wir eine famose Groteske, wir merken Satire und einen großen Raa, fünf Minuten lang. Fünf Minuten in zwei Stunden Langweiligkeit oder Gleichgültigkeit. Auch das ist schon etwas. Also, immer noch hoffen, nicht bloß schelten!

Alles andere in diesem Stück müssen die Schauspieler besorgen, und sie besorgen es. Man weiß, sie sollen lenes verheißt Banf-personal spielen, das in Boyen und Strassund wirt und dorten verschleppentlich in die Betten, unter die Betten, in den Fokus und

in die Herzen hineintritt. Die Idee des Bierulks ist ja ganz piffig eingefädelt. Jede Biermimit und alle Possen der Stettiner Sänger und der Kompanosse-Komödien von Paris tranken daran, daß die Fortsetzung nicht hält, was die piffige Idee versprach. So entschließen sich die Komödianten, aus eigener Kraft den Ill zu bestrahlen. Dagny Serova macht die entzückendsten Anstrengungen, um die Weisheit zu veredeln, und Kurt Bois mimit mit padender Komit, aber auch zudecklich, einen Berliner Jungen. Allen, die an der Post beteiligt sind, den Bankhongen, den Kommis, den ironischen Weidtrampeln und schließlich den herrlichen Stenotypistinnen und Liebhaberinnen, hat der Regisseur Heinz Hilpert einen zündenden Juror eingeblasten. Ueber die Schauspieler omüßert man sich, weiß man auch mit dem Text, den sie sprechen, oft gar nichts anzufangen.

### Couéismus.

Der kleine Apotheker Coué in Nancy ist ein kluger Mann. Er weiß, daß die Krankheiten unserer Zeit die ganze Stola von Hysterie und Neurosthenie beherrschen. So prägte er seine Formel: Es geht mir von Tag zu Tag in jeder hinsicht immer besser und besser, und verspricht denen Hilfe von allen Lebeln, die sie gläubig zwanzigmal morgens und abends, die Betonung auf „in jeder Hinsicht“, an den Knoten eines Bindfadens abzählen. Nicht der Wille, sondern die Phantastie, die im Unbewußten wirkt, soll heilen. Man berichtet von Wunderkuren aus Nancy.

Daß der Vortrag eines Schülers und Jüngers von Coué auch in Berlin sein Publikum finden würde, war vorauszusehen. Der Blindmorth-Scharwenka-Saal war zum Bersten voll. Eine interessante Mischung. Frauen mit verzühten Augen schon vor Beginn des Vortrages, lyrische Jünglinge, deren Extre in ihren langen Haaren liegt, ältere Damen, die unzweifelhaft der schon als ausgestorbene gemeldeten Gattung der alten Jungfern angehören. Dann oder auch gute Bürgerlichkeit, Intellektuelle. Der Vortragende Leon Hardt erläuterte die Lehre Coués, den Sinn seiner Formeln. Rassenjuggestionen, wie Coué in Nancy sie ausführte, sind in Deutschland verboten. Also demonstrierte er nur Autosuggestion. Ein Knopf an einem Bindfaden, einem der Härter in die Hand gegeben, pendelte nach Wunsch in der Geraden AB oder der dazu senkrechten CD. Kopfschmerzen einer Hörerin verschwand. Dann fragte Hardt nach Stötkerern im Saal. Natürlich meldete sich keiner. Auf gültliches Zureden ging schließlich eine junge und hübsche Dame verlegen aufs Podium. „Wie heißen Sie?“ Kopfschmerzen. Den So: „In Amerika gibt es vier Städte namens Heidelberg“ sagte sie ebenfalls nicht; viellecht, weil er ihr zu unwahrscheinlich erschien. Also den Anfang der „Blode“. „Rein.“ „Können Sie überhaupt nicht sprechen?“ „Rein.“ „Sie können jetzt sprechen; denken Sie sich: ich kann jetzt sprechen, und wiederholen Sie den Satz: „In Amerika...“ Sehr leise, aber ohne Schwierigkeit ließ er von den Lippen. Es handelte sich also lediglich um eine nervöse Sprachstörung. Der Saal war ob des „Wunders“ entzückt.

Über Hardt zerstörte den Wunderglauben. Er zählte Krankheiten auf, bei denen Couéismus nütze, andere, denen gegenüber er versagte. Bei Lungentuberkulose soll man gute Erfahrungen damit — neben einer zweckmäßigen ärztlichen Behandlung — ge-

macht haben. Das ist sehr glaubhaft, da jeder Arzt weiß, wie sehr die seelische Verfassung der Lungenkranken auf ihr Krankheitsbild Einfluß hat. Aber einer großen Zahl der Anmelenden schien Hardt jetzt als Wunderdoktor. In schriftlichen Fragen, die man ihm in der Pause aufs Pult legte, erkundigte man sich nach Formeln, sich zu verjüngen, Eifersucht zu heilen, Liebe oder Klugheit zu erwerben, kurz, neben den hilflosen Bezweifelungen enthielt das Zeitelplätschen alle Auswüchse menschlicher Dummheit. Gegen die kämpft aber auch der Couéismus vergeblich.

Die Hilfsaktion für die deutsche Künstlerchaft. Nach den Mitteilungen, die dieser Tage im Landtagsausschuh gemacht wurden, soll das für eine Hilfsaktion zur Verfügung stehende Kapital von 1/2 Million als eine Art Stiftung erhalten bleiben, und nur die Zinsen sollen verteilt werden, das sind für dieses Jahr 50 000 M. Die Unterstützungsgefuche sind bis zum 15. Februar bei den preußischen Bauverhänden des Reichsverbandes bildender Künstler eingereicht. Zweck des Darlehens ist die Aufrechterhaltung der beruflichen Tätigkeit. Neben der wirtschaftlichen Notlage soll vor allem die künstlerische Tüchtigkeit, nicht die Zugehörigkeit zu einer Richtung oder Gruppe in Betracht gezogen werden. Die Entscheidung liegt bei den Ausschüssen, die die wirtschaftlichen Künstlerverbände möglichst im Einverständnis mit den Künstlervereinigungen bilden, und im Besonderen beim Minister. Es besteht Aussicht, daß diese bisher nur von Preußen und Bayern eingerichteten Darlehensstellen auch von den anderen deutschen Ländern eingeführt werden; aus diesem Grunde wird nicht die Staatsangehörigkeit, sondern der Wohnsitz berücksichtigt.

Die Bibel als Zeitungstoman. Wenn es dem europäischen Leser schon selbstam erschien, daß die amerikanischen Zeitungen im vergangenen Jahr in ihren Leitartikeln dem amerikanischen Volk den Unterschied zwischen „Fundamentalisten“ und „Modernisten“ in der Bibelauslegung klarmachten und anlässlich des Affenprozesses der gleichen Streitfrage noch größeren Raum widmeten, so liegt er jetzt mit heilerem Staunen die Nachricht, daß zahlreiche Zeitungen von nun an täglich eine biblische Geschichte in Fortsetzungen bringen werden. Der Gedanke geht von „Preh-Radio Bible Service“ aus, dem früheren „Zurück zur Bibel-Bureau“; dieser Pressedienst will an mehr als tausend Tageszeitungen die gesamte biblische Geschichte kostenlos zum Druck liefern. Nach den Schätzungen des Bureau werden, bei täglicher Fortsetzung zweiundeinhalb Jahre nötig sein, um die ganze biblische Geschichte zu bringen. In einer Ausnahme aus Wochenblätter und Handbuchsberichte sowie Radio-Programme wird eifrig gearbeitet.

Fußballshows. Die Premiere des Fußballspiels „Dida“ von Arment und Geibison wird am Sonnabend, den 6. Kattstuden.

Mexikanische Ausstellung. Vom 3. bis 14. Februar findet im Großen Saal des Kunstaerwermuseums, Prinz-Albrechtstraße 7, eine Ausstellung der Malerin Trude Reuhaus statt, welche neben einer großen Anzahl von Oelgemälden, Aquarellen, Holzschnitten und Buchstichen, von der Künstlerin selbst ausgeführte agrarische Szenen und Gesähe, sowie Handarbeiten, Kalligraphien und Webarbeiten der Eingeborenen zeigt.

Die neue Kunsthaltung. Zonenpfortstraße 6, zeigt vom 3. Februar bis 2. März eine Ausstellung von Zeichnungen und Aquarellen von Walter Tietz.



## Adressdebatte in London.

### Scharfe Opposition der Arbeiterpartei.

Dem Herkommen gemäß hat die Regierungspartei im britischen Parlament die über die Mehrheit verfügenden Unionisten (Konservativen), die Beantwortung der Thronrede durch eine — sie nur paraphrasierende — Dankadresse beantragt. In dieser Debatte sprach für die Arbeiterpartei

#### Clynes

In Vertretung des abwesenden MacDonald. Er sagte u. a.: Die Thronrede enthält nichts, was darauf hindeutet, daß die Regierung wirklich großzügige Pläne hat. Der Hinweis auf die Abrüstungsfrage ist erfreulich. Man darf fragen, ob England dabei mit gutem Beispiel vorangehen wird. Während der letzten vier Jahre hat es für Rüstungen über 432 Millionen Pfund Sterling ausgegeben, das ist nahezu dreimal so viel, wie für den Unterricht. Die Thronrede hat in der Arbeitslosenfrage kein Heilmittel und auch kein Mittel der Erleichterung in Aussicht genommen. In dieser Hinsicht hat die Regierung ihre Versprechungen glatt gebrochen. Zum Kohlenproblem muß man fragen, wieso die Interessen der Arbeitgeber an erster Stelle stehen. Die Politik der Lohnverminderung, die vor vier Jahren betrieben wurde, hat die Handelsdepression nicht behoben, und das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst oder neue Märkte eröffnet, wie seinerzeit vorausgesehen wurde. Die Thronrede enthielt eine unrichtige Stelle, nämlich die, wo von den freundlichen Beziehungen zu den fremden Mächten die Rede ist. Dieser Satz hätte ergänzt werden müssen durch die Worte: „Aber was Rußland betrifft, so verfolgen einige meiner Minister die russischen Vertreter mit höchst böswärtigen Beschimpfungen.“

Clynes schloß mit der Feststellung: Die jetzige Regierung ist der größte Fehlschlag und die größte Enttäuschung in der politischen Geschichte des Landes.

Lloyd George (liberal) erklärte, Bocarno würde völlig nutzlos sein, wenn es nicht durch Abrüstung ergänzt werde.

#### Premierminister Baldwin

suchte die Opposition zu widerlegen. Die Abrüstungskonferenz stelle er als eine Zusammenkunft derjenigen Regierungen dar, die entschlossen seien, nunmehr festzusetzen, welche gemeinsamen Grundsätze und welche Fortschritte in der Abrüstungsfrage festgestellt und zustandegebracht werden könnten. Die englische Regierung werde zu der Konferenz mit dem ersten Willen gehen, die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr im Friedensvertrag auferlegt worden seien. Es werde im übrigen für die Arbeiter aller Industrieländer, die jetzt alle mit schweren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zu kämpfen hätten, ein Segen sein, wenn es gelingen würde, eine Einigung über eine einheitliche Handhabung des Achtfundentages zu erzielen. Eine solche Einigung sei Vorbedingung für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über die 48-Stunden-Woche durch England.

Als Baldwin geendet hatte und ein konservativer Abgeordneter die Prüfung der Frage forderte, ob die Empfänger der Arbeitslosenunterstützung lieber Arbeit fänden oder es vorzögen, arbeitslos zu bleiben, kam es zu stürmischen Ausbrüchen. Die schottischen Abgeordneten der Arbeiterpartei, deren Radikalismus bekannt ist, verhinderten den konservativen Redner, seine Ausführungen fortzusetzen. Erst nach wiederholtem Eingreifen des Sprechers gelang es, einen ruhigen Fortgang der Verhandlungen zu sichern.

Am Oberhaus wurde die Dankadresse ohne Abstimmung angenommen. Der Lordkanzler erklärte im Auftrag der Regierung, daß ein Gesetz zur Reform des Oberhauses in Vorbereitung sei.

## Der neutrale Briand.

### Zwischen der Linken und Rechten.

Paris, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat mit 323 gegen 200 Stimmen auf Antrag der Linksparteien beschlossen, die Beratung des Auslieferungsgesetzes, Teil 3, zu beginnen. Heute, Mittwoch, beginnt also die Beratung über die Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen aus der Einkommensteuer, sowie über die Reform des Erbschafts- und Schenkungssteuersystems. Die Rede Briands hat nicht die erwartete Klärung der Situation gebracht, er ist aus der Neutralität, die er sich in den Konflikten zwischen der Linken und seinem Finanzminister von Anfang an aufgelegt hat, auch jetzt nicht herausgetreten. Er hat erklärt, daß die finanzielle Situation die schleunige Verabschiedung neuer ausreichender Steuererlässe verlange, es aber im übrigen vermieden, sich zugunsten des Auslieferungsgesetzes oder für die vom Finanzminister vorgeschlagenen Zahlungssteuer auszusprechen.

### Keine Kammerdebatte über die Frankensfälschung.

Paris, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Briand antwortete auf eine Frage über den Zeitpunkt der Beratung der ungarischen Rentenrückzahlung, daß eine Debatte nicht stattfinden könne, solange sich die Angelegenheit noch im juristischen Stadium befände. Frankreich dürfe sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sich in die ungarische Justiz einzumischen. Man müsse Vertrauen in die ungarische Rechtsprechung haben.

Inzwischen hat Sauerwein im „Matin“ seinen Budapest-Reportage und Erkundungsbericht veröffentlicht. Er bestätigt vollumfänglich, daß die „Bormärts“ über die Zusammenhänge der Fälscher mit den gauerhaften Prominenten des Horthy-Staates und über die Sabotage der Untersuchung und Aufdeckung durch die horthyungarischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden mitgeteilt hat.

## Das rumänische Schandregime.

### Zusammenschluß der Oppositionsparteien.

Bukarest, 3. Februar. (U.) Die zu einer Einheitsfront zusammenschlossenen Oppositionsparteien veröffentlichten die gemeinsame Erklärung, angeichts der Haltung der Regierung sei zu befürchten, daß sie noch im letzten Augenblick den Versuch machen wird, durch Vergewaltigung und Fälschung des nationalen Willens die Macht an sich zu reißen. Dabei haben sich die Nationalpartei, die Bauernpartei und die Volkspartei zu gemeinsamem Vorgehen bei den Gemeindevahlen entschlossen und vereinbart, für eine Aufhebung der jetzigen Verwaltungsgesetze und für eine neue Gesetzgebung einzutreten. Die Parteien verlangen ferner, daß das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen für ungültig erklärt wird, da es nicht dem Willen des Volkes entspricht und für weite Volkskreise eine Herausforderung bedeute. Alle ungesetzlichen Handlungen und Druckmittel, die bei den Wahlen angewendet worden sind, sollen streng bestraft werden.

Spaltung einer Viermännerpartei in das Neueste aus Warschau. Zwei Mitglieder der kleinsten Bauernpartei des Parters Plou haben die anderen zwei ausgeschlossen und umgekehrt.

## Kraftmeiertum.

Wenn der Zug über die ersten Weichen der Station fährt, steht man bereits auf, männlich und gekraftet, stellt sich an die Türe und beginnt sich mit dem Drücker eingehend zu beschäftigen. Und sobald der Bahnsteig erreicht ist, öffnet man die Türe, der ganze Körper ist von Erwartung gespannt, und mit einem kühnen Satz, „Holz in der Brust, siegebenbewußt“, springt man im Fahren ab. Man ist viel zu geschickt, um hinzufallen und unter den Zug zu kommen. Warum soll man warten, bis der Zug hält? Das hat man nicht nötig, auch wenn man über noch soviel Zeit verfügt. Oder wenn man zufällig vergißt, im Fahren abzuspriegen, dann wirft man wenigstens mit geschwellten Muskeln die Tür in das Schloß, daß die Fensterseiden in Gefahr sind, zu zerspringen. Irgendwie muß man doch mit seiner Kraft und seinem Mut imponieren. Man vergißt natürlich, daß sich dabei auch Unglücksfälle ereignen können, wie in den letzten Tagen auf der Station Neuenhagen, als ein etwa zwanzigjähriger junger Mann mit geschwelltem Bizeps die Tür zuschmetterte. Ein zufällig im Abteil anwesender Bahnbeamter wollte sie, um das Zerspringen der Scheibe zu verhindern, auffangen; dabei wurde ihm die Hand eingequetscht, und er mußte seine gute Absicht mit dem Verlust des kleinen Fingers büßen. Allerdings konnten dieses Mal die Personalien des „Kraftmeiers“ festgestellt werden. Eine andere Frage ist es nur, warum auch manche Bahnreisende die Türen mit voller Wucht zusetzen und damit ein Beispiel geben, das so anregend wirkt, daß es auf der nächsten Haltestelle von den Fahrgästen nachgemacht wird. Weniger Kraftaufwand würde sich besser ausnehmen und dasselbe Ziel erreichen.

## Ueberrfälle auf Schutzpolizeibeamte.

### Ein Beamter schwer verletzt.

Zu schweren Ausschreitungen gegen Polizeibeamte kam es in der vergangenen Nacht kurz nach 1 Uhr in der Landsberger Allee. Ein Chauffeur aus der Frankfurter Allee hatte eine etwas angetrunkene Gesellschaft eine längere Strecke gefahren. Als vor dem Hause Nr. 140 gehalten wurde und er sein Fahrgeld verlangte, weigerten sich die Fahrgäste zu zahlen, griffen den Chauffeur lässlich an. Dieser stieg ab und holte Polizeibeamte, um die Fahrgäste feststellen zu lassen. Raum aber waren die Beamten erschienen, um dem Verlangen des Chauffeurs zu entsprechen, da fielen die Fahrgäste, denen noch andere beisprangen, über sie her. Die Beamten wurden von etwa 10 Personen schwer bedrängt. Mergewein erhielt mit einem stumpfen Gegenstande einen Schlag über den Kopf. Auch Mergewein erhielt mehrere Schläge. Mit Unterstützung eines weiteren Beamten, der auf das Notzeichen dabei eilte, gelang es, die Rote zu übermächtigen. Die Haupttäter, zwei Männer namens Rudolf und ein Robert Edwert aus der Dragonerstraße, sowie eine Frau Anna Götz aus der Protzlauer Straße, wurden festgenommen und nach der Revierwache gebracht. Auch hier beschimpften die Festgenommenen die Beamten auf das grübste und begingen weitere Todsünden. Rudolf Edwert biß den Beamten Pehl in den Daumen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Bei Mergewein stellten die Ärzte im Krankenhaus Am Friedriehshain eine sieben Zentimeter lange, tiefe Wunde an der linken Kopfseite fest, die bis auf die Knochen geht. Der Schwerverletzte mußte in das Staatskrankenhaus gebracht werden. Die vorläufig Entkommenen sind zum Teil auch schon bekannt. Die ganze Rote setzte sich aus Deuten zusammen, die als Roubies in der Gegend schon ihren Ruf haben. Gegen einige schwebt bereits ein Strafverfahren wegen ähnlicher Ausschreitungen, die sie im November v. J. verübten.

In der Rathenower Straße wurde gestern abend der Polizeiwachmeister Meber, als er mehrere musizierende und lärmende Burschen zur Ruhe und zum Weitergehen aufforderte, von dem 21 Jahre alten Schlosser Karl Weigt aus der Rathenower Straße durch mehrere Schläge mit einem Schlagring im Gesicht und am Kopf erheblich verletzt. Ein in einer nahe gelegenen Konditorei zufällig anwesender Polizeiwachmeister kam dem Bedröhten zu Hilfe und hielt den Weigt bis zum Eintreffen weiterer Revierbeamten fest. Weigt wurde zur Wache gebracht und nach Feststellung seiner Personalien entlassen. Meber, der erhebliche Wunden im Gesicht und auch eine leichte Gehirnerschütterung davongetragen hatte, wurde in die Sanitätsstelle im Tiergarten gebracht.

### Neue Schwierigkeiten bei der Romischen Oper.

Die Affäre der Romischen Oper will noch immer nicht zur Ruhe kommen. Nach dem Zusammenbruch Kleins spielt bekanntlich das künstlerische und technische Personal der Oper die Revue „Bon A bis Z“ selbständig weiter. Da keine Rasse vorhanden war, ist man natürlich auf die täglichen Einnahmen angewiesen. Als gestern abend vor schwach besetztem Hause die Vorstellung beginnen sollte, weigerte sich ein Teil des Personals, insbesondere die technischen Angestellten sowie die Mitglieder des Balletts, zu spielen. Ein Schauspieler machte dem Publikum hiervon Mitteilung, was zahlreiche Proteste der enttäuschten Besucher hervorrief. Eintrittsgelder sowie Programm- und Garderobengebühren wurden zurückgezahlt. Wie uns von der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger mitgeteilt wird, ist sie zurzeit mit der Klärung dieser neuen Differenzen beschäftigt. Genaueres kann sie zur Stunde noch nicht angeben. Verschiedentlich wird angenommen, daß Intrigen der Anhänger James Kleins bei dem neuen Vorfall im Spiel sind. Die Klein-Classe scheint jetzt mit allen Mitteln daraufhin zu arbeiten, die Oper zu unterminieren und auseinanderzusprengen. Die Romische Oper selbst teilt mit, daß sich der Streit um die prozentuale Verteilung der Abendeinnahme gedreht habe. Es ist allerdings nicht möglich und fordert zu entschiedenstem Protest heraus, wenn gewisse Darsteller der Oper für den Abend 100 M. verlangen und die technischen Angestellten sowie das Ballett-Ensemble mit 3 bis 4 M. abspesen wollen. Solche Zumutungen zeugen von einer eigentümlichen sozialen und kollektiven Einstellung sogenannter „Prominenter“. Im übrigen wird die Oper heute abend evil wieder spielen. Die Absicht besteht wenigstens. Wenn keine neuen Zwischenfälle eintreten. —

Die Mißstände in der Verwaltung der Berliner Romischen Oper hatten das Berliner Polizeipräsidium vor einigen Tagen veranlaßt, den Direktor Klein zur Niederlegung seiner Konzeption aufzufordern. Nach Ablauf der Erklärungsfrist hat James Klein nunmehr das Erlauchen abgelehnt. Daraufhin hat das Polizeipräsidium beim Bezirksamt Berlin das Verfahren auf Entziehung der Konzeption gegen Klein eingeleitet. Angesichts von Kleins unkonventionellen Geschäftsmethoden ist dringend zu wünschen, daß diesem Antrage stattgegeben wird.

### Tage der Hausfrau.

Die Wäschezustellung war früher der Stolz jedes Mädchens. Selbst Unheimliche sparten und dorbien dafür, um ein solches wie möglich von diesen weichen Schönen in ihre Schrankfächer hängen zu können. Bessergerichtet aber bekamen bei ihrer Hochzeit von ihren Eltern oft soviel Brautjung mit, daß sie mit nie gebrauchten Stücken davon noch Kinder und Kindeskinder wieder ausrüsten konnten. Der Krieg mit seinem Bezugseinkommen hat hier einschneidend eingegriffen. Das Bürgertum braucht Vorhandenes auf, ohne daß es jetzt die Mittel hat, den zusammengekauften Schatz wieder aufzufüllen; den Reichen aber verbleibt die immer wechselnde Mode, die auch die Wäsche nicht verschont, unnütze Aufhäufung. Und der arme hat nie Borräte beiseite. Aber über sie alle scheint plötzlich ein Sozialcharakterismus gekommen zu sein, wenn man sie in den Stapeln mühen sieht, die die „Weissen Bächen“ in den Kaufhäusern

füllen. Die Arbeiterin steht neben der Eleganten, die Bürgerfrau neben einer die geschminkten und gepuderten Schönheiten, und alle graben selbstvergessen in den weichen Bergen. Eine greift nach einem letzten billigen Knabenhemd, die andere nach seidenen, spitzenbesetzten Dingen. Und auf alle herab stößt riesige Ungehauer aus Taschenbüchern die Zähne, oder lächeln von Nistbögen bestrahlt modern stilisierte Silberföpfe. Aber ob bei Lieh oder bei Wertheim, überall leuchtet es weiß, weiß, weiß. Selbst die Schaufenster sind fast ausnahmslos in den Dienst dieser Weißen Wochen gestellt, und wenn man am Dönhofsplatz sich traute, daß die in weiße Spitzen gehüllte Dame den riesigen Fächer, aus dem sie heraustritt, nicht zu halten braucht, so wundert man sich am Leipziger Platz, daß die beiden Kreolinendamen beim Blindentuschspielen ihre funktionellen Taschenrechner nicht verlieren.

## Das Turmhaus in der Friedrichstraße.

In der nächsten Zeit soll nun endlich mit den Bauarbeiten zu dem großen Turmhaus am Bahnhof Friedrichstraße begonnen werden. Ein großzügiger Plan, der grundräßig vom Verkehrsamt genehmigt ist, wurde von Professor Heinrich Straumer ausgeführt. Danach wird ein dreiflooriges Gebäude errichtet, dessen Fronten nach der Friedrichstraße 132 Meter, nach dem Bahnhof und dem Reichstagsufer je 140 Meter lang werden.

Durch die schlechten Bodenverhältnisse — der Baugrund liegt in einer Tiefe zwischen 5 und 20 Metern — ergab sich die Unmöglichkeit, wegen der damit verbundenen außerordentlich großen Fundamentierungskosten ein Turmhaus nach amerikanischem Muster zu bauen. Man mußte also nach einer anderen Lösung suchen und fand sie, indem man längs der Friedrichstraße nur ein einstöckiges Gebäude für Läden und dergleichen errichten wird. Das eigentliche Turmhaus, das 16 Stockwerke hoch werden soll, wird sich an der Spitze des Reichstagsufers und des Bahnhofsvorplatzes erheben. Hier werden sich auch die Eingänge zum Gebäude befinden. Ein Kino mit 2500 Plätzen mit der Front nach der Friedrichstraße, ein Café gegenüber dem Bahnhof und ein größeres Restaurant nach der Weidammbrücke werden in dem Gebäude untergebracht werden. Die Verkehrsbehörde beauftragte bei der Ausführung dieses Planes jedoch einen so großen Verkehr an dieser Stelle, daß sie ihre Genehmigung nicht erteilen wollte. Auch dieser Schwierigkeit hat der Architekt abgeholfen, indem er in der Mitte des Gebäudes einen 600 Quadratmeter großen unterirdischen Verkehrsplatz anlegt, der durch Fahrstühle von allen Teilen des Gebäudes aus zu erreichen ist. Von diesem Platz aus, auf dem ebenfalls Läden eingerichtet werden, führen unterirdische Wege sowohl nach dem Bahnhof Friedrichstraße, wie nach der Nordbahn, als auch nach der projektierten Straße Stelliner und Anhalter Bahnhof. Durch diesen Platz wird sich der ganze Verkehr von und zum Turmhaus unterirdisch abwickeln. Auf dieselbe Art wird man den zu erwartenden großen Autoverkehr bewältigen. Neben dem Verkehrsplatz wird ein unterirdischer Autohalteplatz mit Ein- und Ausfahrt nach dem Reichstagsufer geschaffen. Auch die Zugänge zur Nordbahn sollen im Innern des Turmhauses führen.

## Raubüberfall auf einen Bankkassierer.

In der Filiale der Distanto-Gesellschaft in Schmargendorf wurde heute vormittag gegen 11 Uhr ein frecher Überfall auf den Kassierer der Bank verübt. Es erschien dort ein junger Mann, der das Gesicht mit einer schwarzen Barbe verdeckt hatte und auf den Kassierer einen Schuß aus einer Scheintopfpistole abgab. Darauf ergriff er etwa 3000 M. und flüchtete. Straßenpassanten und Radfahrer nahmen die Verfolgung des Räubers auf und stellten ihn in der Spandauer Straße, von wo er zum 133. Polizeirevier gebracht wurde. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den 22 Jahre alten Kaufmann Kurtscheidt aus der Gartenstraße in Berlin, der schon seit einigen Monaten arbeitslos ist. Ob die Personalien der Richtigkeit entsprechen, bedarf jedoch noch der Nachprüfung.

### Zwei gefährliche Brände.

Heute morgen kam in der Großgarage der Automobilfirma Schebera in der Darwinstraße Ecke Quettinburger Straße ein gefährlicher Brand aus, der glücklicherweise noch im Entstehen gelöscht werden konnte. Es war Benzin in Brand geraten, und der Feuerherd drohte sich sehr schnell auszubreiten. Auf den Alarm eilten sofort drei Löschzüge herbei, denen es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, das Feuer zu löschen. In der Garage befinden sich etwa 200 Kraftwagen verschiedener Art, ebenso bedeutende Benzinvorräte. Es ist ein großes Glück, daß das Feuer keine größere Ausdehnung annehmen konnte, da die Garage mit dem wertvollen Inhalt eine Zeitlang in großer Gefahr schwebte. — Ein weiterer gefährlicher Brand beschäftigte heute morgen zwei Löschzüge der Feuerwehr am Rotbüllet Damms 25/26. Hier war in der Pianofabrik von Grans, wahrscheinlich infolge aus dem Peimosen herausgelassener Holzspäne, Feuer entstanden. Auch hier konnte größerer Schaden durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr verhindert werden.

### Eine Hugo-Frensch-Straße in Berlin.

In der Berliner Stadivervordneuersammlung ist eine Ehrung des verstorbenen Ministers Dr. Hugo Frensch geplant, der sich um die Verfassung der deutschen Republik verdient gemacht hat. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, zu beschließen: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu Ehren des verstorbenen Reichsministers und früheren Berliner Stadtrats Frensch anlässlich der Umbenennung von Straßen eine geeignete Straße „Hugo-Frensch-Straße“ zu benennen.“

Monarchistische Reichswehrmacht. Am Dienstag nachmittags gegen 5 Uhr, so wird uns berichtet, geleitete eine Reichswehrkapelle eine Kompanie des Reichswehrregiments 9 zum Wannseebahnhof. Unmittelbar am Potsdamer Bahnhof passierte die Kapelle ab und spielte, indem sie die Kompanie schwenkte, zweimal hintereinander den Fideleus-Regenmarsch. Daß sie damit das — offenbar in ihrem Sinn — Richtige getroffen, bewies der demonstrative Beifall des um diese Zeit vor dem Potsdamer Bahnhof stets zahlreich herumlungelnden Hakenkreuzgenossen. Wie ist es möglich, daß eine in Dienst der Republik stehende Reichswehrkapelle in offener demokratischer Absicht einen ausgesprochen monarchistischen Marsch spielt?

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

48. Wkt. Die Reichstagswahl werden erst am Freitag, abends 7 Uhr, im Reich, Berlin, Einlässtarten abgehoben.

### Geburtsstage, Jubiläen usw.

Genosse Heinrich Wegge, Altkämpfer Str. 48, feiert heute mit seiner Gattin Theresie das 50. Jahr der Goldenen Hochzeit. Genosse Wegge, der 1871 nach Berlin kam, wurde 1882 auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. Er wirkt auch heute noch in der Partei und in der freiwilligen Gemeinde.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Gedenkfeier, 19. Sept. 2 U. 30. Vorträge. Die öffentliche Besprechung am Donnerstag Abend nicht bei Kämpfern, sondern im Saal des Reichstags.



